



HESSISCHER LANDTAG

06. 11. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Wirtschaftsstandort Hessen stärken – Hessen an Wasserstoff-Kernnetz

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die kürzlich erfolgte Genehmigung des bundesweiten Wasserstoff-Kernnetzes für den Industriestandort Hessen und seine zukünftige Wettbewerbsfähigkeit von herausragender Bedeutung ist. Die Wasserstoff-Kernnetz-Genehmigung sieht Maßnahmen mit einer Leitungslänge von 9.040 km vor, die zu rund 60 Prozent auf Umstellungen bestehender Erdgasleitungen basieren. Die zu erwartenden Investitionskosten belaufen sich auf 18,9 Milliarden Euro.
2. Die aktuelle Situation in Hessen ist dabei höchst alarmierend: Laut dem HHK-Energiewende Barometer Hessen berichten 59 Prozent der hessischen Industriebetriebe von negativen Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Über 50 Prozent verzeichnen weiter steigende Energiepreise in allen Bereichen (Strom, Wärme, Transport). 45 Prozent der Unternehmen prognostizieren einen Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland. Bei den Industriebetrieben planen sogar über 40 Prozent eine Verlagerung oder Einschränkung der Produktion in Hessen. 30 Prozent der Unternehmen müssen bereits heute Investitionen in Kernprozesse zurückstellen. 63 Prozent der befragten Unternehmen sehen in der fehlenden Planbarkeit der Energiepolitik das größte Hemmnis.
3. Der Landtag kritisiert, dass Hessen im genehmigten Wasserstoff-Kernnetz unzureichend berücksichtigt wurde. Insbesondere ist der Wirtschaftsstandort Frankfurt nur unzureichend angebunden. Nord- und Mittelhessen mit wichtigen Industriestandorten wie Kassel, Gießen und Wetzlar haben praktisch keine Anbindungsperspektive.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:
 - a) ein Konzept für den flächendeckenden Ausbau der hessischen Wasserstoffinfrastruktur vorzulegen, das:
 - die Anbindung der nord- und mittelhessischen Wirtschaftsräume sicherstellt,
 - die Versorgung des Rhein-Main-Gebiets durch redundante Leitungssysteme gewährleistet,
 - die Integration der hessischen Verteilnetze in die Wasserstoffinfrastruktur ermöglicht
 - Speichermöglichkeiten für Wasserstoff in Hessen identifiziert,
 - b) rechtliche und planerische Rahmenbedingungen für
 - die Umstellung bestehender Erdgasnetze auf Wasserstoff,
 - die Integration von Wasserstoff-Erzeugungsanlagen in die Netzinfrastruktur,
 - die Entwicklung regionaler Wasserstoff-Hubs schafft,
 - c) ein Förderprogramm aufzulegen, um
 - die Unterstützung hessischer Kommunen, Stadtwerke und Versorger bei der Umstellung ihrer Verteilnetze zu verbessern,
 - Machbarkeitsstudien für lokale und regionale Wasserstoffnetze zu unterstützen,
 - die Entwicklung von Wasserstoff-Readiness in Gewerbegebieten zu forcieren,
 - d) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Nachbesserung der Kernnetzplanung zugunsten Hessens erfolgt und weitere hessische Projekte in der Netzentwicklungsplanung berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Transformation hin zu klimaneutralen Produktionsprozessen ist für den Industriestandort Hessen von existenzieller Bedeutung. Die aktuelle Situation ist dabei höchst besorgniserregend: 63 Prozent der hessischen Unternehmen sehen in der fehlenden Planbarkeit der Energiepolitik das größte Transformationshemmnis. Über 50 Prozent verzeichnen weiter steigende Energiepreise. Die Folge ist eine zunehmende Gefährdung des Wirtschaftsstandorts – mehr als 40 Prozent der Industriebetriebe erwägen bereits eine Verlagerung oder Einschränkung ihrer Produktion.

Die jetzt erfolgte Genehmigung des Wasserstoff-Kernnetzes durch die Bundesnetzagentur berücksichtigt die hessischen Interessen nur unzureichend. Insbesondere die mangelhafte Einbindung Nord- und Mittelhessens sowie die unzureichende Anbindung des Rhein-Main-Gebiets gefährden die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Während andere Bundesländer bereits umfassende Konzepte für ihre Wasserstoffinfrastruktur vorgelegt haben, fehlt in Hessen bislang eine kohärente Strategie.

Die Landesregierung muss jetzt dringend die Weichen für einen beschleunigten Infrastrukturausbau stellen. Dazu gehören sowohl regulatorische Maßnahmen als auch finanzielle Unterstützung für Kommunen und Unternehmen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Hessen im sich entwickelnden Wasserstoffmarkt nicht den Anschluss verliert und die drohende Abwanderung von Industrieunternehmen verhindert wird.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, Hessen als Wirtschaftsstandort zu stärken und die Transformation der hessischen Industrie zu unterstützen. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Hessen.

Wiesbaden, 6. November 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas